

Durch die Liberalisierung ist der Strommarkt kräftig in Bewegung geraten. Wo stehen wir heute?

Auszug aus:

Heinz-J. Bontrup/Ralf-M. Marquardt

Kritisches Handbuch der deutschen Elektrizitätswirtschaft. Branchenentwicklung-Unternehmensstrategien-Arbeitsbeziehungen

edition sigma Verlag Berlin, ISBN 978-3-8360-8712-4, 475 Seiten, über 50 Abbildungen und mehr als 70 Tabellen und Übersichten. 29,90 €



Einleitung

Ohne Elektrizität ist eine Gesellschaft heute nicht mehr denkbar. Dies gilt sowohl für die Wirtschaft als auch für das Leben in privaten Haushalten. Umso wichtiger ist der Umgang mit dem *Basisgut Strom*. Im Jahr 1998 kam es hier zu einem grundlegenden Paradigmenwechsel in der deutschen Elektrizitätswirtschaft. Bis dahin wurden die Strommärkte wie „natürliche Monopole“ angesehen und durch unter staatlicher Aufsicht stehende *Gebietsmonopole* angesteuert. Fortan sollte durch *Wettbewerb* ein gänzlich anderes Regime die Branche insgesamt und die Strompreisfindung im Besonderen regeln.

Vom Wettbewerb versprach sich die Politik Preis-, Kosten- und Gewinnsenkungen sowie eine bessere Allokation der in der Elektrizitätswirtschaft zum Einsatz gebrachten Ressourcen, und dies alles bei einer ausgeprägteren Umweltorientierung. Dieses anspruchsvolle Vorhaben war nicht zuletzt durch die EU-Kommission initiiert worden, die sich seit Anfang der 1990er Jahre die *Liberalisierung der Strommärkte* in Europa auf ihre Fahnen geschrieben hat. Das finale Ziel besteht dabei in der Schaffung eines konkurrenzwirtschaftlichen „*Europäischen Elektrizitätsbinnenmarktes*“. Als Begründung gibt der Rat der Europäischen Union dafür an: „Ohne einen wettbewerbsorientierten und effizienten europäischen Strommarkt (...) werden die europäischen Bürger stark überhöhte Preise zahlen müssen (...). Darüber hinaus ist ein wettbewerbsorientierter und effizienter Strommarkt Vorbedingung für die Bekämpfung des Klimawandels. Nur bei einem funktionierenden Markt lässt sich ein wirksamer Mechanismus für den Emissionshandel entwickeln und eine Industrie für Erneuerbare Energie aufbauen (...). Schließlich ist ein wettbewerbsorientierter EU-weiter Strommarkt auch von

entscheidender Bedeutung für die Energieversorgungssicherheit Europas, da nur ein solcher Markt die richtigen Investitionssignale aussendet, allen potenziellen Investoren einen fairen Netzzugang bietet und echte, wirksame Anreize sowohl für Netzbetreiber als auch Erzeuger schafft.“¹

Was ist aber realiter seit 1998 aus der Liberalisierung geworden? Wie verlief die Umsetzung der politisch gewollten wettbewerbsorientierten Liberalisierung der Strommärkte? Welche Implikationen hatte die Öffnung der Märkte insbesondere auf die *Unternehmensstrategien* in den Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVUs), auf die *Beschäftigten* und ihre *Arbeitsbedingungen* sowie auf die *Mitbestimmungsstrukturen*? Dies war der *Forschungsauftrag* im Rahmen unseres von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projektes.

Bei der Bearbeitung haben wir zunächst sowohl die seit der Liberalisierung erfolgten *Anpassungsprozesse* von der EU-Binnenmarktrichtlinie Elektrizität (1996) über deren Umsetzung in das deutsche Energiewirtschaftsgesetz (1998) und dessen Novellierung (2005) bis hin zum Dritten Binnenmarktpaket (2009) untersucht (vgl. Kap. **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**).

Danach wurden die Auswirkungen der Liberalisierung auf die Marktstrukturen, Preise, Gewinne und Investitionen einer kritischen Analyse unterzogen (vgl. Kap. **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**). Hier bildeten, neben der Untersuchung der allgemeinen Beschäftigungsentwicklung, auch die Auswirkungen auf die Tarifpolitik sowie die Verteilung der realisierten Wertschöpfungen in den EVUs weitere Schwerpunkte. Dabei sollte anhand der *betrieblichen Wertschöpfungen* auch herausgefunden werden, welche *unternehmensinternen Interessengruppen* am meisten von der Öffnung profitiert haben.

Einer gesonderten betriebswirtschaftlichen Analyse wurden in diesem Kontext die vier großen Stromversorger (E.ON, RWE, EnBW, Vattenfall Europe), von uns als die „Big-4“ bezeichnet, unterzogen. Dabei spielten neben der Beschäftigungs- und Produktivitätsentwicklung sowie den internen Verteilungsverhältnissen zwischen Kapital und Arbeit auch die *Rentabilitäten* (Eigen- und Gesamtkapitalrendite) und die internen Finanzierungsmöglichkeiten der getätigten Investitionen aus dem jeweiligen Cash Flow eine wichtige Rolle. Ebenso wurden die *Gewinnausschüttungen an die Anteilseigner* der EVUs untersucht.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion über eine angebliche „*Versorgungslücke*“ mit Strom sowie eines beträchtlichen Investitionsbedarfs in der Elektrizitätswirtschaft (Stichworte: Ende des Investitionszyklus, Klimawandel, Umstieg auf regenerative Energien) galt darüber hinaus ein Haupt-

¹ Rat der Europäischen Union, Interinstitutionelles Dossier: 2007/0196 (COD), Brüssel, den 27. September 2007, S. 2.

augenmerk der *Analyse des Investitionsumfeldes*. In diesem Kontext ist das „neue“ Investitionsverhalten unter Wettbewerbsbedingungen von zentraler Bedeutung. Insgesamt standen Themen wie der politische Rahmen für den zukünftigen Energiemix und die Untersuchung eines neuen Investitionszyklus genauso im Fokus wie Überlegungen zum zukünftigen Kraftwerkszubau und mögliche Investitionshemmnisse.

Nach dieser Betrachtung des „Außenverhältnisses“ an den Elektrizitätsmärkten wurden die Auswirkungen der Liberalisierung auf die „*Innenverhältnisse*“ der EVUs empirisch untersucht (vgl. Kap. **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**). Hier widmeten wir den *Arbeits- und Mitbestimmungsbedingungen* der abhängig Beschäftigten unsere besondere Aufmerksamkeit. Dies vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass in der Berichterstattung die Erwartung massiver Einschnitte infolge der Liberalisierung weit verbreitet war, wie der nachfolgende Kommentar exemplarisch verdeutlicht:

„Die Konkurrenz auf dem Energiemarkt zwingt die hannoverschen Stadtwerke zu rigidem Sparkurs. Das Unternehmen will in den kommenden fünf Jahren fast 75 Millionen Mark weniger ausgeben. Vorstand und Betriebsrat haben Details eines ‚Interessenausgleichs und Sozialplans‘ ausgehandelt. Dabei werden nicht nur etwa 500 Stellen abgebaut, was allein 54 Millionen Mark ausmacht. Die Stadtwerke kürzen bis 2005 auch übertarifliche Zahlungen in Höhe von 2,5 Millionen Mark.“²

Ausgehend von einer normativ bestimmten Idealform einer *demokratisch-partizipativen Unternehmenskultur* haben wir u.a. deshalb auf Basis einer schriftlichen Befragung von Betriebsräten in den EVUs und durch strukturierte Interviews mit Geschäftsführern analysiert, welche Konsequenzen die Liberalisierung auf den Strommärkten für die *Beschäftigten* insgesamt hatte und vor allem welcher Grad einer demokratischen Partizipation dabei heute speziell in den *Stadtwerken* umgesetzt ist und ob es hier Veränderungs- bzw. Verbesserungspotenziale gibt. Auch wurden diesbezüglich die „Big-4“ durch Auswertung veröffentlichter Berichte und Unterlagen einer Unternehmensanalyse unterzogen. Hierbei spielten ebenso die Besonderheiten und Paradigmen der *Personalpolitik* sowie die personalwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit in den EVUs eine gewichtige Rolle.

Abschließend haben wir noch die Chancen und Risiken der Marktliberalisierung speziell für die *Stadtwerke* herausgearbeitet, denen man zu Beginn der Liberalisierung noch ein „großes Sterben“ vorausgesagt hatte (vgl. Kap. **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**). Demnach können die Stadtwerke zukünftig sowohl im Wettbewerb gegen die „Big-4“ eine wesentliche Rolle als auch im Hinblick auf eine forcierte Umsetzung regenerativer Energien zum Schutz der Umwelt spielen. Dabei kommt

² Hannoversche Allgemeine Zeitung, 27.12.2000.

der Realisierung einer demokratisch-partizipativen Unternehmenskultur eine wesentliche Bedeutung zu.

Verzichtet haben wir bei unseren Untersuchungen auf eine *ordnungspolitische Betrachtung und Bewertung* in der Form, ob eine wettbewerbliche (liberalisierte) Ausrichtung der Strommärkte besser ist als eine jüngst – zumindest im Hinblick auf die *Stromnetze* – immer häufiger geforderte *Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung* der Elektrizitätswirtschaft.³ Eine derartige Analyse hätte den bereits umfassenden und anspruchsvollen Untersuchungsrahmen gesprengt.

Danksagung

Das Forschungsprojekt wäre ohne die Anregung von Dr. Reinhard Klopffleisch (ver.di Bundesvorstand, Referatsleiter Ver- und Entsorgung Energiewirtschaft) und Hannes Koch (Geschäftsführer e4globe-European Institute for Globalisation Research, Berlin) sowie ohne die finanzielle Förderung des Projekts durch die Hans-Böckler-Stiftung nicht möglich gewesen. In der Stiftung gilt unser besonderer Dank dem Projektverantwortlichen Dr. Karsten Schneider für die vertrauensvolle und unterstützende Zusammenarbeit.

Des Weiteren verdanken wir unser Forschungsergebnis der aktiven Unterstützung und Hilfe vieler anderer Personen. Danken möchten wir besonders den Betriebsräten, welche die Mühen auf sich genommen haben, einen umfangreichen Fragebogen zu beantworten, und für zusätzliche (anstrengende) Interviews zur Verfügung standen. Unser Dank gilt zudem den Geschäftsführern/Vorständen der EVUs, die uns ebenfalls ihre bisherigen Erfahrungen mit dem Liberalisierungsprozess in der Elektrizitätswirtschaft in strukturierten Interviews geschildert und vielfältige Informationen zur vorliegenden Unternehmenskultur sowie auch zum „Stadtwerk der Zukunft“ gegeben haben.

In diesem Kontext schulden wir Michael Wübbels, dem stellv. Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen, der uns zusammen mit seinen Mitarbeiterinnen die Tür in die betriebliche Praxis der EVUs geöffnet hat, besonderen Dank. Bedanken möchten wir uns des Weiteren bei Beschäftigten des Statistischen Bundesamtes, der Hans-Böckler-Stiftung sowie dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI); einerseits für das Überlassen zahlreicher Statistiken und Informationen, andererseits für viele wertvolle Hinweise bei der Interpretation unklarer Daten und Zusammenhänge. Dank schulden wir auch dem Studenten Torben Kötter sowie dem wissenschaftlichen Mitarbeiter Dipl.-Ökonom Tom Domanski

³ Zur Diskussion ordnungspolitischer Alternativen vgl.: Bontrup, H.-J., Die Vergesellschaftung des Kartells. Der Kampf um die Stromwirtschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2/2009, S. 110 – 116.

(beide an der FH Gelsenkirchen, Fachbereich Wirtschaftsrecht), die wertvolle Hilfe bei der Auswertung des Fragebogens und der abschließenden technischen Erstellung des Abschlussberichtes geleistet haben.

Abschließend möchten wir den Beiratsmitgliedern des Projektes [Dr. Horst Heuter (DGB-Bundesvorstand), Prof. Dr. Rudolf Hickel (Universität Bremen), Franz-Gerd Hörnschemeyer (IGBCE), Klaus Horn (Städtische Werke AG Kassel), Dr. Reinhard Klopffleisch (ver.di Bundesvorstand), Hannes Koch (e4globe), Prof. Dr. Heiner Minssen (Universität Bochum), Prof. Dr. Bernhard Nagel (Universität Kassel), Dr. Karsten Schneider (Hans-Böckler-Stiftung) und Dr. Oliver Wagner (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie)] unseren herzlichen Dank für ihre vielen konstruktiven Hinweise und Anregungen, die sie uns in den Beiratssitzungen gegeben haben, aussprechen.

Wir hoffen, dass sich die Arbeit aller gelohnt hat, indem die Ergebnisse unserer Forschungsarbeit eine große Verbreitung und Berücksichtigung in Politik und Wissenschaft finden.